

## Steinkohle 2012 – Den Auslauf gestalten



Am 30. Juni 2012 wurde das Bergwerk Saar in Ensdorf stillgelegt. Diese Stilllegung hat für den deutschen Steinkohlenbergbau eine ganz besondere Bedeutung: Es ist der endgültige Abschied des Steinkohlenbergbaus aus dem zweitgrößten und an Traditionen reichen deutschen Steinkohlenrevier – dem an der Saar. Damit wurde ein Markstein auf dem Weg gesetzt, der den vollständigen Ausstieg aus dem deutschen Steinkohlenbergbau bis zum Ende des Jahres 2018 zum Ziel hat. Bereits Ende dieses Jahres – am 31. Dezember 2012 – wird im Ruhrrevier das Bergwerk West geschlossen. Es ist das letzte Steinkohlenbergwerk am Niederrhein. Damit endet nach über 100 Jahren dann auch die Steinkohlenförderung am Niederrhein.

Vordiesem Hintergrund fand am 13. November unsere Jahresveranstaltung 2012 statt. Zeitgleich erschien auch der aktuelle Jahresbericht des Verbands. Im Mittelpunkt der Jahresveranstaltung standen denn auch die Antworten auf die Fragen, wie sich der deutsche Steinkohlenbergbau auf das Ende der Förderung vorbereitet, welche Aufgaben er ab dem Jahr 2019 wahrnehmen wird und welchen Beitrag er damit zur Umsetzung der politisch beschlossenen Energiewende leisten kann.

Mit dem Auslaufbergbau als Perspektive hat sich die RAG Aktiengesellschaft – der letzte deutsche Steinkohlenproduzent – neue Unternehmensziele gesetzt. Dabei geht es vor allem um die verantwortungsvolle Gestaltung des Auslaufprozesses. Dazu gehört zum einen, die Steinkohlenförderung bis zum letzten Tag verlässlich und im vereinbarten Umfang zu erbringen. Zum anderen müssen wir die mit dem Auslauf verbundenen personalpolitischen Herausforderungen meistern. Darüber hinaus ist aber auch bereits jetzt die Vorbereitung der operativen Maßnahmen zur Bewältigung der Alt- und Ewigkeitslasten von ebenso zentraler Bedeutung wie der Ausbau bestehender und die Entwicklung neuer Geschäftsfelder im Nichtbergbaubereich. Denn die RAG wird auch nach 2018 weiter existieren.

Mit der Rückführung der heimischen Steinkohlenförderung steigt die Abhängigkeit Deutschlands von Importen für die Energie- und Rohstoffversorgung weiter an. Ab dem Jahr 2019 werden wir unseren Steinkohlenbedarf – der zwar tendenziell sinkt, aber immer noch über 50 Mio. t/a liegt – vollständig über den Weltmarkt decken müssen.

Der deutsche Energiemarkt insgesamt ist geprägt vom Umbau der Energieversorgung. Eingeleitet wurde er von den politischen Be-

schlüssen zum beschleunigten Atomausstieg und dem Energiepaket vom Sommer 2011, nach dem erneuerbare Energien – und hier vor allem Strom aus Windkraftanlagen und aus Fotovoltaik – die absehbare Stromerzeugungslücke ausfüllen sollen. Dabei wird übrigens vielfach übersehen, dass aktuell die Biomasse den größten Anteil bei den Erneuerbaren ausmacht.

Die Bundesnetzagentur sieht im Zuge der Umsetzung der Energiewende erhebliche Gefahren für die Stromversorgungssicherheit. Denn die Stromerzeugung wird dann zu großen Teilen weitab von den Verbrauchszentren erfolgen. Der bisherige Ausbau der deshalb erforderlichen Netzinfrastruktur entspricht nicht den Erfordernissen. Um die Gefahren abzuwenden, müssen eine Reihe alter konventioneller Kraftwerke länger als vorgesehen am Netz bleiben und laufende fossile Kraftwerksneubauprojekte auch wirklich ans Netz gehen. Um Netzschwankungen aufzufangen und die Stromerzeugung in der Grundlast sicherzustellen, werden flexible Gas- und Kohlekraftwerke weiterhin benötigt. Sie übernehmen damit auch eine Brückenfunktion zugunsten der fluktuierenden erneuerbaren Energien und der Unterstützung ihrer Marktfähigkeit.

Inzwischen werden jedoch kaum noch Kohlekraftwerke in Deutschland geplant. Der Vorrang für erneuerbare Energien bei der Stromspeisung verhindert, dass konventionelle Kraftwerke wirtschaftlich betrieben werden können. Rechtliche, politische und akzeptanzbedingte Widerstände bremsen selbst die Fertigstellung laufender Neubauten.

Um die einzelnen Schritte bei der Umsetzung der Energiewende besser koordinieren zu können, ist daher nicht nur aus meiner Sicht ein Monitoring des Gesamtprozesses unumgänglich. Der BDI ist nicht zuletzt auch mit der Unterstützung des Gesamtverbands Steinkohle dabei, der Bundesregierung den Vorschlag für eine entsprechende Projektsteuerung zu unterbreiten.

Mit freundlichem Glückauf

Ihr

Franz-Josef Wodopia